

# BESCHLUSS

---

des 52. Ord. Bundesparteitages der FDP, Düsseldorf, 4.- 6. Mai 2001

---

## Zwangspfand verhindern

Wie im Abfallbereich allgemein, so haben sich auch bei den Getränkeverpackungen die Zeiten geändert. Der Satz „Mehrweg ist gut, Einweg ist schlecht“ ist aus wissenschaftlicher Sicht längst nicht mehr haltbar. Das belegen Ökobilanzen des Umweltbundesamtes.

Die FDP lehnt das von der Bundesregierung beschlossene Zwangspfand sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen ab. Mehrfach hat der Handel erklärt, im Falle einer Einführung des Zwangspfandes aus Kostengründen auf Mehrwegverpackungen auch in jenen Bereichen verzichten zu müssen, wo diese nach wie vor vorteilhaft sind. Außerdem verwischt das Zwangspfand den Unterschied zwischen Einweg und Mehrweg auch dort, wo Mehrwegverpackungen nach wie vor aus Umweltgründen schützenswert sind. Erfahrungen aus dem Ausland bestätigen diesen Effekt. So wird das Zwangspfand nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Verringerung des Mehrweganteils bei Getränkeverpackungen führen. Dies ist aus ökologischer Sicht kontraproduktiv.

Ohne Nutzen für die Umwelt führt das geplante Zwangspfand bei den Betroffenen jedoch zu erheblichen Belastungen. Abgesehen von einem für die Verbraucher weiter steigenden Sortier- und Transportaufwand drohen den verpflichteten Unternehmen milliardenschwere Investitionen für Rücknahmeautomaten. Außerdem gefährdet der kostspielige Dirigismus gewachsene Strukturen der Recyclingwirtschaft auch in jenen Bereichen, wo in der Vergangenheit rentable Konzepte etabliert wurden.